

Beiträge und Korrespondenzen zu den letzten Tarifikämpfen

Tarifpolitik? Den Kampf der Arbeiter um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen bezeichnen die revolutionären Arbeiter als Tages- und ökonomische Kämpfe, und soweit die Arbeiterbewegung in ihren Kämpfen sich auf diesen Inhalt beschränkt, ihn verabsolutiert, als Trade-Unionismus oder Nur-Gewerkschaftertum. Was aber haben dann Tarifbildung und -kämpfe mit Politik zu tun?

Politik im allgemeinen ist die Regelung der zwischen menschlichen Beziehungen in der Gesellschaft, in deren verschiedenen Bereichen: Wirtschaft, Finanzen, Kultur usw. Die Normen, nach welchen die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen in den Betrieben geregelt werden sollen, ist die Tarifpolitik. Sie wird wie jede Politik nicht nach irgendwelchen Vorstellungen betrieben, sie ist abhängig von den ökonomischen Bedingungen der kapitalistischen Produktion und den gesellschaftlichen Verhältnissen der Klassen, Arbeiter und Kapitalisten. Konkrete Politik ist Klassenpolitik: die herrschende Politik ist die Politik der herrschenden Klasse. Sie in der Tarifpolitik aufzuzeigen, soll hier versucht werden.

Was ist Tarifpolitik ?

Die Tarifautonomie wird durch das Tarifvertragsgesetz geregelt. Ihre Voraussetzung sind florierendes Geschäft und bestimmte gesellschaftliche Zustände, die wiederum Resultat besonderer geschichtlicher Entwicklung sind. So kommt es nicht von ungefähr, daß z.B. in England kein Bedürfnis bei den Arbeitern zur konstruktiven Klassepharmonie besteht. Die deutschen Gewerkschaften sind stolz auf ihre Errungenschaften der Sozialpartnerschaft und ihre immer wieder neu vorgetragenen Perspektiven wie Vermögensbildung, Wirtschaftsdemokratie, paritätische Mitbestimmung etc. Gemeinsam ist den Gewerkschaften Englands, Frankreichs u.a. der Trade-Unionismus, der sich auf die Regelung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen beschränkt. Gerade dieses Beschränken ist eben die bürgerliche Politik in der Arbeiterbewegung, und wenn die Arbeiterbewegung keinen Ausweg aus ihr findet, versumpft sie in der bürgerlichen Ordnung in deren Verfallsperiode.

Die heutige spezifische Form, in der die reformistische Politik in den deutschen Gewerkschaften zum Ausdruck kommt, ist nur zu begreifen, wenn man die Auswirkungen des Faschismus auf die deutsche Arbeiterbewegung erkennt. Der Kampf zwischen revolutionärer und reformistischer Politik in der deutschen Arbeiterbewegung wurde durch den Faschismus erstickt. Der Faschismus zerschlug sämtliche Organisationen der Arbeiterklasse und so sie selbst als Klasse, denn nur insoweit die Arbeiter sich als Klasse organisieren, werden sie zur Klasse - bestehen sie als Klasse. Der Faschismus löste auch alle bürgerlichen Parteien auf bzw. verleibte sich die reaktionären Gruppierungen ein, "... um der Bourgeoisie ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, mußte ihre politische Macht gebrochen werden". (Marx "18. Brumaire")

Mit der Niederlage des deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg übernehmen die Alliierten die politische Macht.

Sie verhindern jeden selbständigen Versuch der Arbeiter, sich zu organisieren, um politischen Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung zu gewinnen. In den westlichen Besatzungszonen erhalten sie praktisch die gesellschaftliche Struktur, die der Faschismus hinterlassen hat. Nach Restauration wird die Anwendung von Gewalt gegenüber der Arbeiterklasse überflüssig: sie wird ersetzt durch den kleinbürgerlichen Wohlstand, der zwei Funktionen erfüllt: er entzieht den Arbeitern die materielle Notwendigkeit des Kampfes gegen die kapitalistische Ordnung und festigt zugleich die vorhandene soziale Struktur:

Die bürgerliche Soziologie glaubt sich bestätigt. Die Idee des Klassenkampfes gehöre dem vorigen Jahrhundert an, es gäbe nur noch Interessengegensätze und Interessengruppen: Käufer, Verkäufer, Sparer, Steuerzahler, Rentner, Selbständige, Lohnabhängige etc. Dies ist die Basis für die Politik der "Volksparteien" und die Tarifpolitik der Tarifvertragsparteien. Kapital und Arbeit werden im Tarifvertragsgesetz formal gleichgestellt, obwohl sie ökonomisch und sozial Ungleiche sind. Unter den gegebenen sozialen Verhältnissen ist im Gesetz die Vormacht des Kapitals gesichert. Die Tarife, die Mindestnormen sind, ermöglichten es den Unternehmern, einzelnen Arbeitern oder Gruppen von Arbeitern bzw. Angestellten übertarifliche Vergünstigungen zu gewähren. So fördern sie wieder die Konkurrenz zwischen den Ar-

beitern und wirken den Bestrebungen ihrer Solidarisierung entgegen. Die Unorganisierten, denen die Unternehmer ebenfalls Tarife zahlen, bilden den Klotz am Bein der Gewerkschaften. Dem Streik setzt der Unternehmer die Aussperrung entgegen, dabei werden die Unorganisierten das finanzielle Kuckucksei für die Kassen der Gewerkschaften. Außerdem können die Unternehmer aufgrund der vorgeschriebenen Einhaltung der Friedenspflicht Streiks voraussehen und einkalkulieren.

Spontane Streiks

Die Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Unternehmen zwingt diese, den Produktionsprozeß ständig umzuwälzen. Die Auswirkungen verspüren die Werkstätigen seit einigen Jahren immer stärker: Veränderung ihres Arbeitsplatzes und damit verbundene Beanspruchung und daraus folgend zunehmende Krankheiten und wachsende Zahlen der Frühinvalidität. Höhere Steuern, inflationär steigende Preise, die die Folge der aufgeblähten, kreditierten Nachfrage sind, die wiederum die Überproduktion verdeckt, drücken die Einkommen ständig. Den Lohn durch Wechsel des Betriebes oder durch Drohung mit dem Arbeitsplatzwechsel hochzuschrauben, ist kaum mehr möglich. Die betrieblichen "Extras" stagnieren oder werden abgebaut. Daraus entstand die spontane Streikwelle, die 1973 viele Betriebe der BRD überflutete.

Die Forderungen der Arbeiter für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen bei den spontanen Streiks sind mit den tariflichen Forderungen der Gewerkschaften identisch. Aber diese Streiks brechen die Schranken, in die sie das Tarifvertragsgesetz einengt. Die Tarifkontrahenten wurden 1969 durch die spontanen Streiks überrascht. Die Unternehmer warfen den Gewerkschaften vor, ihre Einwirkungspflicht nach dem TVG auf ihre Mitglieder nicht nachgekommen zu sein. Umgekehrt lasteten die Gewerkschaften den Unternehmern ihre Sturheit bei den Tarifverhandlungen an. Um die Tarifautonomie funktionsfähig zu erhalten, einigten sich die Vertragsparteien darauf, die Tarife vorzeitig zu kündigen (zu entfristen), und gaben den von den Arbeitern erkämpften Groschen den rechtlichen Segen. Das Augenzwinkern der Gewerkschaftsfunktionäre mit den Mitgliedern zum Erfolg wiederholte sich 1973 nicht.

Dem erwarteten "heißen Herbst" versuchten IG Metall und Gesamtmetall vorzubeugen. Sie erhöhten z.B. die besonderen Zuschläge in der Stahlindustrie: im Öffentlichen Dienst stockten sie das letzte Drittel zum 13. Monatsgehalt auf etc. Von den dennoch ausbrechenden spontanen Streiks distanzieren sich die Gewerkschaften. Bei Hoesch wurden gemäßregelte Kollegen wieder eingestellt gegen die Zusicherung der Gewerkschaftsführer, keine spontanen Streiks mehr zu dulden.

Die Gewerkschaften versuchen, die Arbeiter in die Tarifautonomie zu binden, während die Arbeiter infolge des ökonomischen Druckes der Unternehmer

mehr und mehr herausgefordert werden, sich von den Fesseln der Tarifautonomie zu lösen. So sind die Gewerkschaften ihrerseits gezwungen, in den Tarifverhandlungen die Forderungen ihrer Mitglieder stärker zu vertreten. Da treffen sie auf den stärker werdenden Widerstand der Unternehmer und derjenigen Organe und Institutionen, die die bestehende Ordnung verteidigen sollen (Presse, Fernsehen, Radio etc.) Auch Staat und Regierung mischen sich ein und unterminieren de facto und de jure die Tarifautonomie, die sie gleichzeitig für heilig erklären.

Unter diesen Bedingungen spielte sich die Tarifbewegung im öffentlichen Dienst ab. Während in den vergangenen Jahren die IG-Metall Vorreiter bei den Tarifbewegungen war, schoben IG-Metall und Gesamtmetall dieses Mal der ÖTV die Schrittmacherrolle zu, indem sie die Termine entsprechend verzögerten. Die Regierung wurde so von Anfang an in die Tarifverhandlungen auch aller anderen Industriezweige hineingezogen. Denn diese werden sich im allgemeinen nach der dort gesetzten Marge richten.

Daß die Gewerkschaft ÖTV die Vorreiterringe spielen dürfte, beruht darauf, daß diese Gewerkschaft die Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Betrieben besonders fest im Griff hat. Dementsprechend war die Strategie der ÖTV "Geheimnis" der Führung, die Mitglieder wurden nur in Anweisungen zu Aktionen aufgefordert. Die Gewerkschaftsführung war von Anfang an darauf bedacht, die Kontrolle über die Streikaktionen in ihren Händen zu behalten. Sie mußte aber erfahren, daß dennoch die Streikenden - einmal in Aktion - selbst begannen, eigene Überlegungen anzustellen und Initiative zu entfalten. Das führte bei den Tarifpartnern zu dem Entschluß, die Tarifbewegung möglichst schnell zu beenden.

Auf weitere Fragen zur Entwicklung der Tarifpolitik werden wir im Zusammenhang mit den anstehenden Tarifbewegungen Metall/Chemie in kommenden Artikeln näher eingehen.

Ausbesserungswerk Bremen

WIE SICH DIE HALTUNG DER KOLLEGEN VERÄNDERTE

Der öffentliche Dienst, Bahn und Post, die diesmal den Vorreiter machten, konnten es sich nicht erlauben, mit 7,5 bis 9,5 % zufrieden zu sein, wo doch schon die eisenschaffende Industrie im Herbst mit 11,5 % ohne Trara abgeschlossen hatte. Die Eisenbahnergewerkschaft hat in der Nachkriegszeit sehr selten zu Kampfmaßnahmen aufgerufen. Die Kollegen bei der Bahn vertrauen auf die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Um so größer war Ihr Erstaunen, als sie die Forderungen der Gewerkschaften mit 15 % und 300 DM Urlaubsgeld hörten. Die erste Reaktion war: das werden wir nie oder nur ganz schwer bekommen, d.h. wir müßten darum kämpfen. Bei einer Umfrage über Kampfmaßnahmen war das Ergebnis "fifti-fifti". Anfangs reichten die Meinungen von Bejahung bis Verneinung. Nach eingehenden Diskussionen über das, was auf uns zukommt, ge-

wann dann in verhältnismäßig kurzer Zeit die Meinung für Streik die Oberhand.

Die anfangs stark differenzierte Meinung über den zu fordernden Betrag vereinheitlichte sich schnell, als die Bundestagsabgeordneten ihre Diäten um 40 % ohne irgendeinen Widerstand erhöhten. Die gestiegenen Rechnungen für Gas, Wasser und Elektrizität ab 1. Januar, die der Heizungskosten bei den Wohnungsbaugesellschaften u.a. trugen ihr Teil dazu bei. Angesichts der vorgenommenen und der noch zu erwartenden Verteuerungen wurde dann laut, daß man sich mit 15 % nicht mehr zufrieden geben würde, wenn jetzt die Forderungen aufgestellt werden sollten.

Als die Gewerkschaft das Regierungsangebot ablehnte, hatte sie nun die volle Unterstützung der Kollegen. In den Diskussionen tauchte die Möglichkeit einer Urabstimmung auf, und da kam dann nur eine Meinung zum Ausdruck: Wir lassen unsere Gewerkschaft nicht im Stich!

Nachdem einige Tage unklare Meldungen über eine eigene Kundgebung der Eisenbahner im Betrieb umherliefen, drang erst in der Frühstückspause des 4. Februar zu den Kollegen durch, daß zu Feierabend auf dem Marktplatz (Bremen) eine offizielle gemeinsame Kundgebung von ÖTV, Post und Bahn durchgeführt werden sollte. Die Kollegen machten 1/2 Stunde früher (unbezahlt) Schluß. Über 400 Kollegen nahmen an der Kundgebung am Parlamentsgebäude, zu der etwa 2000 Arbeiter und Angestellte gekommen waren, teil.

ÖTV Hamburg

VERTRAUENSLEUTEVERSAMMLUNG DER
vom 31.1.1974 im GEWERKSCHAFTSHAUS

Verglichen mit der letzten Vertrauensleuteversammlung der ÖTV fiel diese durch eine hohe Zahl von Teilnehmern (ca. 700 - 1000 Teilnehmer) durch verschärfte Eingangskontrollen, Einsatz aller verfügbaren Funktionäre und die organisatorisch eingeplante Begrenzung der Diskussion auf höchstens 30 Minuten auf. Bezirksstellenleiter Russ gab sich wortradikal: "In diesem System ist der Lohnabhängige ja nie gegen Lohnabbau geschützt". Ansonsten aber war er darauf bedacht, die Sache schnell hinter sich zu bringen. Die Versammlung zeigte sich dann unsicher, wenn sie Diskussionsabwiegungen hinnahm und sich nicht dagegen wehrte ("Jetzt noch ein Redner und dann gehen wir zu den praktischen Fragen über...")

Zur Diskussion:

Die Forderung nach einem allgemeinen Streik wurde einmal gestellt, jedoch mit dem Hinweis auf die Kostenfrage (Streikgelder sparen!) vom Vorstand ziemlich schnell vom Tisch gebracht.

Groß war dagegen die Unterstützung für die Forderung eines Kollegen, die Prozentforderungen zugunsten von Festgeldforderungen abzuschaffen ("Die

Brötchen werden für uns alle teurer"), wozu der Vorstand keine Stellungnahme abgab. Weiterhin wurde der Vorstand nochmals auf das gesamte Forderungspaket (auch Urlaubsgeld) festgenägelt, was mit Worten bestätigt wurde.

Die Streikbereitschaft der großen Zahl der Vertrauensleute wurde sichtbar am großen Beifall für alle Beiträge (zumeist des Vorstandes), die sich auf die Durchführung von Kampfmaßnahmen bezogen. Einige strafende Worte des Vorstandes für die ungerichte Massenpresse waren der Abgang der Diskussion. Es folgten einige praktische Anweisungen für die Urabstimmung. ("Ordnungsgemäßer Beitrag. Wer noch nicht in der ÖTV ist, soll schnell eintreten! Diese und jene Gruppen dürfen nicht an der Urabstimmung teilnehmen" etc.).

Allgemeine Kritik an der Politik der Gewerkschaftsführung wurde im Gegensatz zur letzten Vertrauensleutesitzung nicht oder nur schwach entwickelt, d.h. die sozialdemokratische Gewerkschafts- (Bezirks-) Leitung blieb ziemlich ungeschoren. Stimmung: pro SPD.

Gesundheitsbereich Westberlin

Während der Verhandlungen der ÖTV-Leitung mit dem öffentlichen Arbeitgeber wurden in fast allen Berliner Krankenanstalten auf Betriebsversammlungen "lokale Streikleitungen gewählt". Sie hatten die Aufgabe, 1. in den Krankenanstalten die Urabstimmungen durchzuführen, 2. Streikversammlungen zu organisieren und 3. eventuelle punktuelle Streiks in diesen Betrieben vorzubereiten.

Am 2. Streiktag trafen sich die Mitglieder der lokalen Streikleitungen fast sämtlicher west-berliner Krankenanstalten im Klinikum Steglitz. (Im Gesundheitsbereich wurde nicht gestreikt). Durch den Bericht der lokalen Streikleitungen wurde bekannt, daß der Anteil der Ja-Stimmen bei der 1. Urabstimmung die den Streik im öffentlichen Dienst wollten, ungefähr 91 % betragen hatte. Etwa 60 % der eingeschriebenen Gewerkschaftsmitglieder hatten sich an der 1. Urabstimmung beteiligt.

Die lokalen Streikleitungen gaben an, daß sich während des noch andauernden Streiks die Zahl der gewerkschaftlich organisierten durch Eintritte leicht erhöht habe. (Der Anteil gewerkschaftlich organisierter Kollegen an der Gesamtzahl der im west-berliner Gesundheitsbereich beschäftigten beträgt schätzungsweise 28 %).

Die versammelten Mitglieder der Streikleitungen beschlossen, den aktiven Streik der BVG-Kollegen (Berliner Verkehrsgesellschaft) durch eine Demonstration zu unterstützen. Die Streikleitungen berichteten, daß auf den am 1. und 2. Streiktag stattgefundenen Streikversammlungen von den anwesenden Kollegen der starke Wunsch geäußert worden sei, ihre Solidarität mit den streikenden Kollegen der BVG, einiger Bezirksämter usw. durch eine Demonstration kenntlich zu machen, allerdings unter der

Voraussetzung, daß die zentrale Gewerkschaftsleitung der ÖTV in West-Berlin dem zustimme. Die Versammlung der Streikleitungen beschloß - zumal die Streikleitung des Klinikum Steglitz bekannt geben konnte, daß am folgenden 3. Streiktag eine gemeinsame Demonstration der BVG-Kollegen und der Kollegen im Gesundheitsbereich auf zentralen Beschluß stattfinden solle, was durch einen sofort unternommenen Telefonanruf von der ÖTV-Gewerkschaftsführung entschieden abgestritten wurde, - die Frage der Demonstration durch Verlegung der Sitzung ins zentrale ÖTV-Gewerkschaftshaus in der Joachimsthalerstraße dort zu klären. Erst dann wollte man einen gemeinsamen Beschluß fassen.

Die Funktionäre der zentralen Gewerkschaftsführung waren durch die in ihren eigenen Fuchsbau verlegte Versammlung völlig überrascht. Das erste, was die lokalen Streikleitungen zu hören bekamen, war, daß sie gar keine Streikleitung seien, denn in ihrem Bereich würde ja garnicht "aktiv" gestreikt. Die Frage der von den lokalen Streikleitungen vorge-

schlagenen Demonstration wurde von den Funktionären durch die Anweisung gelöst, nach Hause zu gehen und das abzuwarten, was man im Interesse der Mitglieder Gutes zu tun bereit sei. Und außerdem - eine Demonstration zu diesem Zeitpunkt sei das falscheste, was man machen könne. Die Unterredung wurde bald so hitzig, daß es zu Rempelen zwischen Funktionären und Mitgliedern der Streikleitungen kam, wobei die Kollegen der Streikleitungen durchaus die Bedrängten waren. Schließlich drohten die Funktionäre den versammelten Kollegen, wenn sie nicht schleunigst das Gewerkschaftshaus verließen, die Polizei zu rufen. In dieser Atmosphäre konnte die Frage der Demonstration nicht gelöst werden, weshalb die versammelten Streikleitungen der west-berliner Krankenanstalten das Gewerkschaftshaus verließen.

In der 2. Urabstimmung über die Annahme des Verhandlungsergebnisses sprachen sich von den im Gesundheitsbereich Beschäftigten 75 - 80 % gegen das Ergebnis aus.

Chemietarifrunde 1974 in Nordrhein

EIN KOLLEGE SCHREIBT UNS EINE KURZE VORWEGEINSCHÄTZUNG
DER CHEMIE-LOHNRUNDE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Nachdem die ÖTV am 13.2.74 ihren Tarifvertrag unter "Dach und Fach" hat, spekulieren natürlich auch die in der chemischen Industrie Beschäftigten, was sie so erwartet.

Wenn man von den beiden "Tarifparteien" ausgeht (Arbeitgeberverband - Gewerkschaft Chemie, Papier Keramik), und weiß, daß die Gewerkschaft der Kapitalseite nur etwas abringen kann, da diese ja nichts freiwillig gibt (nicht einmal die "freiwillige übertarifliche Leistung"), ist es bei einer Vorweg-einschätzung notwendig, das Vorgehen innerhalb der Gewerkschaft zu beobachten. Nachdem im letzten Jahr die Tarifkommissionsmitglieder mit viel Mühe von den Vertrauensleuten gewählt worden und auch für die Tarifrunde 1973 mit einer entsprechenden Forderung versehen worden sind, könnte man erwarten, daß die Vertrauensleute für die Runde 1974 ebenfalls eine Forderung aufstellen.

Dieses ist aber gerade nur in den seltensten Fällen geschehen (z.B. Verwaltungsstelle Wuppertal am 22. Januar d.J.). Bis Ende Februar hatte die Mehrzahl der Vertrauensleutekörper oder Verwaltungsstellen-Vertrauensleutekonferenzen keine Forderungen abgesetzt, weil durch eine geschickte Argumentation von seiten der Sekretäre keine Versammlungen stattgefunden hatten.

Man behauptete, die unsichere Lage der Chemie-industrie, hervorgerufen durch die "Ölkrise", lasse es noch nicht zu, schon zu so frühem Zeitpunkt eine Forderung aufzustellen. Wenn aber bedacht wird, daß der Tarifvertrag schon Ende März zu kündigen ist, erweist sich die Argumentation des frühen Zeitpunkts von seiten der Bürokratie als reiner Hohn.

Nachdem nun die Aufstellung der Forderung erfolgreich verhindert worden ist, konnte der Bezirksleiter und Tarifkommissionsvorsitzende von Nordrhein-Walter Gläsner, behaupten, daß die durch die Ölkrise verunsicherten Vertrauensleute doch angehalten werden müssen, endlich Forderungen aufzustellen!! - da sonst die Tarifkommission sich nicht in der Lage sieht, Forderungen aufzustellen, die der Basis entsprechen.

Was steckt aber in Wirklichkeit hinter dieser Taktiererei, die man hat machen können, weil die Vertrauensleute zwar in der Satzung der IG Chemie, Papier, Keramik verankert sind, nicht aber bei den Mitgliedern und keine lange Erfahrung haben.

Die Bürokratie versucht mit dieser Taktik, ihre eigene Vorstellung von Tarifhöhe und Art der Verhandlung durchzusetzen. Das zeigt sich daran, daß Bezirksleiter Walter Gläsner schon Tarifvorstellungen in einem schriftlichen Plan bis zum Jahre 1978 unter den Hauptamtlichen hat kursieren lassen. Weiter tragen sich die Hauptamtlichen mit der Vorstellung, daß der Tarifvertrag und der Abschluß der ÖTV der Vorreiter für den Abschluß der Chemie sind, somit die Verhandlungen am grünen Tisch geführt werden können.

Somit ist auch der letzte stark hervorgehobene Satz im "Bunsenbrenner" (einer vom Bezirksvorstand herausgegebenen Betriebszeitung für die Beschäftigten der Bayer AG mit einer Auflage von mehreren Zehntausend) zu verstehen: "Am Ende eines solchen Spieles könnte leicht die 'Englische Krankheit' stehen.". Hier warnt also der Vorstand vor Auseinandersetzungen im Betrieb.
